

## 34. Deutsch-amerikanische Beziehungen im 20. Jahrhundert

### Geschichtsschreibung und Forschungsperspektiven

*Hans-Jürgen Schröder*

Der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht hatte für das europäische Staatensystem des 20. Jahrhundert weitreichende Folgen. Namentlich für die deutsche außen- und zum Teil auch innenpolitische Entwicklung wurden die USA in unserem Jahrhundert zu einem entscheidenden Faktor. Das gilt gleichermaßen für Phasen der Kooperation wie der Konfrontation, die einander in der wechselvollen Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen wiederholt ablösten. Es sei nur an die Tatsache erinnert, daß die USA in beiden Weltkriegen die militärische Niederlage Deutschlands entschieden und dann in beiden Nachkriegsphasen die Initiative zur Stabilisierung Deutschlands und der Wiedereingliederung in die westliche Staatenwelt ergriffen. Angesichts der für das 20. Jahrhundert offenkundigen Bedeutung der Vereinigten Staaten für Deutschland sowie der Rückwirkungen des jeweiligen Standes der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf das europäische Staatensystem muß es überraschen, daß die internationale Forschung dem deutsch-amerikanischen Verhältnis im 20. Jahrhundert erst seit Mitte der sechziger Jahre stärkere Beachtung geschenkt hat. Für diese relativ späte ‚Entdeckung‘ der deutsch-amerikanischen Beziehungen als Gegenstand der Forschung dürften vor allem drei Gründe zu nennen sein: Unter dem Eindruck der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges hat sich die Geschichtswissenschaft zunächst darauf konzentriert, die Verantwortung des Dritten Reiches für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und die nationalsozialistische Kriegs- und Besatzungspolitik zu dokumentieren sowie die Hitlerschen Weltherrschaftspläne zu analysieren. Überdies orientierte sich die deutsche Geschichtswissenschaft zunächst an einer europazentrischen Betrachtungsweise, und schließlich war die auf die Erhellung außenpolitischer Probleme gerichtete Forschung lange am primär sichtbaren diplomatischen Geschehen orientiert und vernachlässigte zunächst die stärker indirekt-informellen Mechanismen der politischen Einflußnahme, welche die amerikanische Außenpolitik, vor allem vor dem Zweiten Weltkrieg, charakterisieren.

Seit Mitte der sechziger Jahre bemüht sich die internationale Forschung verstärkt um eine gründlichere Analyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen, wobei sich bisher zwei Schwerpunkte herausgebildet haben: Die Zwischenkriegszeit und die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Namentlich die – in den folgenden Überlegungen im Mittelpunkt stehende<sup>1</sup> – Analyse der Zwischenkriegszeit markiert einen methodischen Wandel in der Geschichtswissenschaft: Die stärkere Einbeziehung innenpolitischer Antriebskräfte und die Berücksichtigung wirtschaftlicher Komponenten als Bestimmungsfaktoren der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Bahnbrechend hat in bezug auf die Interpretation der amerikanischen Außenpolitik William Appleman Williams gewirkt, dessen Vorstellungen vor allem durch seine in mehreren Auflagen und auch in deutscher Übersetzung erschienene Untersuchung „Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie“ Verbreitung gefunden haben.<sup>2</sup>

Zur Rezeption der Arbeiten der Williams-Schule in der Bundesrepublik hat namentlich Hans-Ulrich Wehler<sup>3</sup> mit seinen Publikationen zum amerikanischen Imperialismus beigetragen, die dem Ansatz Williams' durchgehend verpflichtet sind. Die anhaltende Debatte über Möglichkeiten und Grenzen des Williamschen Forschungsansatzes als Interpretationsmodell amerikanischer Außenpolitik hat fraglos auch der Beschäftigung mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert Impulse verliehen, allerdings für die jeweiligen Zeitabschnitte in unterschiedlicher Intensität.

So läßt etwa die historische Auseinandersetzung mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu wünschen übrig. Das ist umso mehr zu bedauern, als im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den beiden Krisen um Venezuela (1895/96 und 1902/03) Entscheidungen fielen, denen indirekt oder auch direkt Auswirkungen auf den weiteren Gang der deutsch-amerikanischen Beziehungen zukommen und die einer weiteren Aufhellung bedürfen. Bereits 1958 hatte Erich Angermann auf die Bedeutung der zweiten Venezuela-Krise von 1902/03 für die Interpretation der weiteren Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen hingewiesen: Die Krise stellte einmal „einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Monroe-Doktrin“ dar und wirkte sich „überdies nachteilig aus“ auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen, während die britisch-amerikanischen Beziehungen aus dieser Krise eher positive Impulse empfangen.<sup>4</sup> Angesichts der bisher vernachlässigten Fernwirkungen der Venezuela-Krisen für das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland ist es sehr zu begrüßen, daß den deutsch-amerikanischen Beziehungen in den ersten beiden Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges jetzt zwei in Kürze erscheinende Arbeiten gewidmet sind.

Ragnhild Fiebig hat unlängst ihre Dissertation über deutsch-amerikanische Rivalitäten in Lateinamerika im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgeschlossen.<sup>5</sup> Umfassende Archivstudien haben die Autorin in die Lage versetzt, am Beispiel zahlreicher Interessenüberschneidungen zwischen Washington und Berlin in Drittländern einen wichtigen Beitrag zur Analyse jener antagonistischen Kräfte zu leisten, die das deutsch-amerikanische Verhältnis vor dem Ersten Weltkrieg mitbestimmten. Vor allem wird die zentrale Bedeu-

tung der Venezuela-Krise von 1902/03 für die weitere Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen herausgearbeitet. „Die Krise stellte den Höhepunkt der deutsch-amerikanischen Spannungen vor dem Ausbruch des Weltkrieges dar, und ihr Ausgang wurde in den USA zu Recht als ein Sieg für die Monroedoktrin gefeiert. Lateinamerika war für die deutsch-amerikanischen Beziehungen zum Konfliktherd geworden.“ Dennoch sei, so betont die Autorin, der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg „durch die Existenz eines derart die zentralen politischen Grundsätze der USA berührenden Interessengegensatzes nicht vorprogrammiert“ gewesen. „Erst die Tatsache, daß sich an den Ursachen dieses Konfliktpotentials und ihren äußeren Bedingungen nichts Wesentliches änderte, gab ihm für die amerikanische Entscheidung ein solches Gewicht.“

Die graduelle Herausprägung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes vor dem Ersten Weltkrieg ist fraglos ein wichtiges Forschungsproblem. Es verdient stärker als bisher Aufmerksamkeit, vor allem auch im Kontext der Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen und der allmählichen Herausbildung einer ‚special relationship‘ zwischen Großbritannien und den USA nach der Venezuelakrise von 1895/96.<sup>6</sup> Die von Reiner Pommerin angekündigte Untersuchung könnte hier Aufschlüsse bringen.<sup>7</sup> Sowohl eine gründlichere Analyse der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA als auch deren Einordnung in den Gesamtzusammenhang des sich wandelnden internationalen Systems<sup>8</sup> sind nicht zuletzt deshalb erforderlich, um die amerikanische Intervention des Jahres 1917 auf dem Hintergrund eines längerfristigen historischen Prozesses interpretieren zu können.

Was die unmittelbare Vorgeschichte der amerikanischen Intervention sowie die Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen am Vorabend des Ersten Weltkrieges anbelangt, ist die Literaturlage als relativ günstig anzusehen.<sup>9</sup> Hervorzuheben sind hier insbesondere die Studien von Reinhard Doerries.<sup>10</sup> In seinem Buch über Graf Bernstorff und zahlreichen Aufsätzen zu den bilateralen Beziehungen hat Doerries im einzelnen gezeigt, daß der deutsche Botschafter in Washington zu den wenigen Repräsentanten des Wilhelminischen Deutschland gehörte, die sich davor hüteten, das wirtschaftliche, politische und strategische Gewicht der USA zu unterschätzen. Doch Bernstorff konnte Berlin weder von einer amateurhaften Mexikopolitik abhalten noch zu einer realistischen Einschätzung des Faktors USA veranlassen. Noch nach dem amerikanischen Kriegseintritt wurde Bernstorff, dessen Ringen um einen deutsch-amerikanischen Ausgleich gescheitert war, von Ludendorff dahingehend belehrt, daß „wir jetzt durch den U-Bootkrieg die Sache in drei Monaten beenden“, eine groteske Fehleinschätzung, wie sich bald zeigen sollte.<sup>11</sup>

Seit über fünfzig Jahren haben sich die Historiker immer wieder mit Problemen des Ersten Weltkrieges befaßt; die Fülle der Publikationen über so zentrale Fragen wie Verantwortlichkeit für Ausbruch und Verlauf des Krieges, die jeweiligen Kriegsziele der Kriegsgegner sowie Probleme eines Friedensschlusses sind auch für den Fachmann kaum noch zu überschauen. In bezug auf die Politik der

USA werden vor allem immer wieder Motive und Zielsetzung der amerikanischen Intervention, amerikanische Friedensinitiativen und namentlich Wilsons Kampf um eine stabile Ordnung im Nachkriegseuropa diskutiert, und zwar unter zum Teil sehr divergierenden Ansätzen. Begriffe wie ‚Imperialism of Idealism‘, ‚Higher Realism‘, ‚Puritanertum und Liberalismus‘, ‚Response to War and Revolution‘ und ‚Containment and Counterrevolution‘ markieren die große Bandbreite der unterschiedlichen historischen Interpretation.<sup>12</sup> Mit dem amerikanischen Entschluß zur Intervention war der Krieg aus historischer Perspektive angesichts der schier unerschöpflichen Ressourcen der USA faktisch entschieden. Als sich die Niederlage des Reiches abzeichnete, stand die amerikanische Führung vor dem ungleich schwierigeren Problem, wie die innere Entwicklung in Deutschland in demokratische Bahnen kanalisiert werden konnte und wie dieses neue Deutschland in das internationale System integriert, das heißt in die westliche Staatengemeinschaft aufgenommen werden konnte, deren Fortbestand durch die bolschewistische Revolution grundlegend herausgefordert schien. Die Beantwortung dieser Fragen ist das zentrale Thema des umfangreichen Werkes von Klaus Schwabe über „Deutsche Revolution und Wilson-Frieden“, in dem eine detaillierte Analyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen vom Oktober 1918 bis zum Juni 1919 gegeben wird.<sup>13</sup> In Ergänzung zu den Ergebnissen Gordon Levins unterscheidet Schwabe in bezug auf die Wilsonsche Deutschlandpolitik stärker zwischen kurzfristigen tagespolitischen Notwendigkeiten sowie mittel- und langfristigen Zielsetzungen, wobei er drei Ebenen der Wilsonschen Politik ausmacht: „eine erste, die kurzfristige Entschlüsse, d.h. insbesondere die Ausführung des Waffenstillstandes, umfaßte und auf der das Integrationsbestreben Wilsons im Vordergrund stand; eine zweite, die zu mittelfristigen Zielen hinführte, d.h. zur Ausarbeitung des Friedensvertrages mit seinen unmittelbar nach seiner Ratifizierung auszuführenden Bestimmungen hinführte und auf welcher der Wunsch nach einer Bestrafung und Entmachtung Deutschlands überwog; – und eine dritte, von der aus Wilson seine Fernziele für die zukünftige Rolle Deutschlands in der Staatenwelt anvisierte, wie er das bereits in seinen Kriegsreden getan hatte. Von dieser dritten Ebene her gesehen war Wilson wieder von der Hoffnung auf eine schließliche Integration Deutschlands in die neue Weltordnung bestimmt. Dieser Wunsch Wilsons ist z.B. in seinem Bestreben, für alle Deutschland diskriminierenden Vertragsbestimmungen eine feste Zeitgrenze zu setzen, zu erkennen.“<sup>14</sup> Durch diese Interpretation werden die inneren Widersprüchlichkeiten der Wilsonschen Politik allerdings so stark reduziert, daß sie als Erklärung für das Scheitern eines Wilson-Friedens dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Schwabe sieht die Gründe für das Scheitern eines Wilson-Friedens nicht zuletzt in denjenigen inneramerikanischen Kräften, „denen das ‚Disengagement‘ ihres Landes wichtiger war als die Durchsetzung eines Wilson-Friedens“. Wilson habe diesen isolationistischen Tendenzen, nämlich dem „Zurückschrecken Amerikas vor der mit seiner neuen Weltmachtrolle übernommenen Verantwortung“ nachgeben müssen.<sup>15</sup> Damit folgt Schwabe im wesentlichen der traditionellen Interpretation amerikanischer Außenpolitik für die zwanziger Jahre.

Doch haben sich die USA nach dem Ersten Weltkrieg wirklich auf den amerikanischen Kontinent zurückgezogen? Betrieben die USA eine isolationistische Politik? Und ist es schließlich für die Interpretation gerade der amerikanischen Außenpolitik zulässig, eine scharfe Trennungslinie zwischen Außenwirtschaftspolitik und Außenpolitik zu ziehen und zugleich zwischen ökonomischem und politischem Isolationismus unterscheiden zu wollen?<sup>16</sup> Wie diese Fragen beantwortet werden, ist für die Interpretation der deutsch-amerikanischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit von hervorragender Bedeutung.<sup>17</sup> Unter Hinweis auf die politischen Intentionen und die politischen Wirkungen des amerikanischen finanziellen und wirtschaftlichen Engagements in Europa hat namentlich Williams in kritischer Auseinandersetzung mit der traditionellen Geschichtsschreibung die Isolationismusthese wiederholt als Legende bezeichnet.<sup>18</sup>

Wenngleich viele Historiker lange gezögert haben und zum Teil noch zögern, eine Interpretation zu akzeptieren, die die politischen Dimensionen der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik berücksichtigt, so hat es über die Tatsache zumindest der finanzpolitischen Präsenz der USA in Europa, vermittelt über das Kriegsschulden- und Reparationsproblem, nie Zweifel gegeben. Zahlreiche Arbeiten sind vor allem der amerikanischen Verwicklung in das Reparationsproblem gewidmet. Bereits 1956 publizierte Dieter Bruno Gescher eine Studie über die Jahre 1920–24, an die zeitlich die Arbeit Eckhard Wandels über die Jahre 1924–29 anschließt, die sich allerdings auf die Beschreibung finanzpolitischer Mechanismen beschränkt. Die neuere Forschung hat demgegenüber zunehmend auf die politischen Dimensionen des amerikanischen finanzpolitischen Engagements verwiesen.<sup>19</sup> Stephen Schuker hat dies bereits im Titel seines wichtigen Buches über den Dawes-Plan „The End of French Predominance in Europe“ deutlich gemacht.<sup>20</sup> Für die amerikanische Deutschlandpolitik hat Werner Link im Jahr 1970 eine bahnbrechende Studie über das amerikanische wirtschaftliche Engagement und dessen vielfältige innen- wie außenwirtschaftliche Implikationen vorgelegt.<sup>21</sup> Genesis und Mechanismen der deutsch-amerikanischen Kooperation der zwanziger Jahre werden hier in überzeugender Weise herausgearbeitet. Link folgt im wesentlichen dem Ansatz der Williams-Schule, und es gelingt ihm, die generellen Aussagen dieser Forschungsrichtung zur amerikanischen Außenpolitik am Beispiel der deutsch-amerikanischen Beziehungen mit einer kaum zu überbietenden Fülle an Belegen aus amerikanischen und deutschen Archiven empirisch zu untermauern. So wird im einzelnen eindrucksvoll nachgewiesen, daß Deutschland nicht nur als Absatzmarkt für amerikanische Exporte überragende Bedeutung zukam, sondern für die USA auch ein wichtiger Partner zur möglichst weltweiten Durchsetzung des Prinzips der ‚Offenen Tür‘ war.<sup>22</sup> Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag aus dem Jahre 1923, der auf dem Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung basierte, ist sichtbarer Ausdruck dieser deutschlandpolitischen Zielsetzungen. Im Rahmen der Neuordnung der amerikanischen Handelsvertragsstruktur nach dem Krieg kam dem deutsch-amerikanischen Handelsvertrag aus Washingtoner Perspektive überdies Modellcharakter zu.

Der hohe Stellenwert Deutschlands im außenwirtschaftlichen Kalkül der amerikanischen Führungseliten ist unlängst von Carl-Ludwig Holtfrerich in einer quantitativen Analyse untermauert worden. Er verweist auf die durch die Inflation in Deutschland stimulierte Nachfrage nach zahlreichen amerikanischen Produkten, deren konjunkturbelebende Wirkung in den Vereinigten Staaten schließlich auch zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise von 1920/21 habe beitragen können.<sup>23</sup> Angesichts dieser Zusammenhänge kann es nicht überraschen, daß bereits zu Beginn der zwanziger Jahre Deutschland zum Kernstück der amerikanischen Europapolitik erklärt wurde: „Ohne Deutschlands Erholung kann es keine wirtschaftliche Erholung in Europa geben,“ wie Außenminister Charles Evans Hughes im Dezember 1922 formulierte.<sup>24</sup> Die einzelnen Etappen der amerikanischen Stabilisierungspolitik in Deutschland, die im Dawes-Plan und den amerikanischen Kapitalexporten den deutlichsten Ausdruck fanden, hat Link detailliert herausgearbeitet.<sup>25</sup>

Die amerikanische Stabilisierungspolitik erwies sich vor allem deshalb als erfolgreich, weil für Berlin eine enge Kooperation mit den USA von zentraler wirtschaftlicher wie auch politischer Bedeutung war: Der Zufluß von amerikanischem Kapital war eine Voraussetzung für die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft. Diesem Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion kam deshalb auch so großes Gewicht zu, weil er von den Reichsregierungen auch aus außenpolitischen Überlegungen als notwendig erachtet wurde. Eine stabilisierte Wirtschaft und namentlich die daraus resultierenden Möglichkeiten einer aktiven Handelspolitik wurden als wichtige Instrumente deutscher Revisionspolitik betrachtet, eine Strategie, die bereits in der Niederlage 1918/19 artikuliert worden war.<sup>26</sup>

Die aus der engen deutsch-amerikanischen Kooperation resultierenden Abhängigkeiten der Weimarer Republik eröffneten Washington wiederum die Möglichkeit, innereuropäische Entwicklungen indirekt-informell zu beeinflussen. Das Scheitern der Gespräche von Thoiry, in denen Stresemann und Briand im Jahre 1926 die Locarno-Politik durch eine engere deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen suchten, ist hierfür ein eindrucksvoller Beleg.<sup>27</sup> Aufgrund der zahlreichen – hier nur skizzierten – Abhängigkeiten von den USA ist die Weimarer Republik für die Jahre 1924–1929 als „penetriertes System“ charakterisiert worden.<sup>28</sup>

Mit dem Auflösungsprozeß der Weimarer Republik driftete die deutsch-amerikanische Interessenkongruenz auseinander. Dieser Auflösungsprozeß der deutsch-amerikanischen Kooperation während der Weltwirtschaftskrise bedarf weiterer Erforschung.<sup>29</sup> War der Wandel von der Kooperation zur Konfrontation primär Ergebnis der nationalsozialistischen Machtergreifung? Gab es strukturelle Divergenzen zwischen den USA und der Weimarer Republik, die während der Weltwirtschaftskrise lediglich zum Vorschein kamen? Oder ist die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1930 nur Bestandteil eines umfassenderen Prozesses, der als „Dissolving International Politics“ beschrieben worden ist?<sup>30</sup> Kann die Formel vom „penetrierten System“ angesichts der schnellen Beendigung der deutsch-amerikanischen Kooperation der

zwanziger Jahre aufrechterhalten werden? Welche Einflußmöglichkeiten in Europa besaß die Regierung Hoover noch zu Beginn der dreißiger Jahre?

Während der Auflösungsprozeß der deutsch-amerikanischen Kooperation zu Beginn der Weltwirtschaftskrise weiterer empirischer Recherchen bedarf, kann der Informationsstand über die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und den USA als hervorragend bezeichnet werden. Eine Fülle von Monographien und Aufsätzen sowie ungedruckten Dissertationen bietet Analysen vor allem zu bilateralen politischen und wirtschaftlichen Problemen. Neben Studien zu den bilateralen Beziehungen insgesamt<sup>31</sup> sind vor allem auch folgende Schwerpunkte zu nennen: Der Stellenwert der USA im politischen und strategischen Kalkül der nationalsozialistischen Führung<sup>32</sup>, nationalsozialistische Propaganda in den Vereinigten Staaten<sup>33</sup>, die amerikanische Reaktion auf die Judenverfolgung in Deutschland<sup>34</sup>, der Einfluß der deutschen Emigration in den USA auf die Politik Washingtons<sup>35</sup> und schließlich die grundlegende Herausforderung amerikanischer Interessen durch die nationalsozialistische ideologische, ökonomische und territoriale Expansion.<sup>36</sup> Die von der nationalsozialistischen Politik ausgehende Bedrohung manifestierte sich zum Teil dramatisch in der Haltung des Dritten Reiches gegenüber Lateinamerika, das sich seit Mitte der dreißiger Jahre zu einem wichtigen Konfliktherd zwischen Washington und Berlin entwickelte.<sup>37</sup> Neben den genannten Themenbereichen wären noch Studien über wichtige Einzelereignisse zu nennen, wie etwa Hjalmar Schachts Besuch in den USA im Jahre 1933, Roosevelts Friedensappell vom April 1939 oder die Erkundungsreise des Staatssekretärs Sumner Welles vom Sommer 1940.<sup>38</sup> Angesichts der Fülle der bereits vorliegenden Untersuchungen gerade für die Jahre von 1933 bis zum Kriegseintritt der USA besteht das Hauptproblem der Forschung also weniger in der Beseitigung von Informationsdefiziten als in der Aufgabe, den Stellenwert der einzelnen Faktoren für Genesis und Verschärfung der deutsch-amerikanischen Konfrontation in den dreißiger Jahren genauer zu bestimmen. Daß dem Verhältnis von ökonomischen und politischen Faktoren hier eine zentrale Bedeutung zukommt, kann angesichts der Grundtendenzen der amerikanischen Deutschlandpolitik in den zwanziger Jahren kaum überraschen.

Aufgrund der engen ökonomischen Kooperation zwischen der Weimarer Republik und den USA mußte die zu Beginn der Weltwirtschaftskrise eingeleitete Auflösung der deutsch-amerikanischen Interessenparallelität vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern treffen. Es war jedoch nicht primär die dramatische Verminderung des zweiseitigen Warenaustausches, die die Regierung Roosevelts alarmierte, sondern die Konkurrenz in nicht-industrialisierten Zonen wie Lateinamerika und auch Südosteuropa, wie bereits Lloyd Gardner in seinen „Economic Aspects of New Deal Diplomacy“<sup>39</sup> hat zeigen können. Wenngleich die aggressiven deutschen Exportoffensiven ihre Erfolge vor allem in Lateinamerika auf Kosten des Marktanteils der USA verbuchten, ging es für die Roosevelt-Administration nicht ausschließlich um die quantifizierbaren Größen von Marktanteilen. Noch bedeutender waren in diesem

Zusammenhang die prinzipiellen Herausforderungen amerikanischer Ordnungsvorstellungen: Das deutsche Autarkieprogramm und der in seinem Kern auf einen Tauschhandel reduzierte Bilateralismus in der Außenwirtschaft wurden von der Roosevelt-Administration als Herausforderung für ihr Konzept vom „unteilbaren Weltmarkt“ (Detlef Junker) interpretiert, die umso schwerer wog, als Japan und Italien ähnliche Methoden praktizierten.<sup>40</sup> In Washington wurde diese Herausforderung des traditionellen Konzepts der ‚Offenen Tür‘ nicht nur im außenwirtschaftlichen Kontext begriffen, sondern zugleich als Problem der Außenpolitik generell interpretiert. Überdies wurden die von der Unterminierung amerikanischer Außenwirtschaftsprinzipien ausgehenden Störungen in letzter Konsequenz auch als Gefährdung der innenpolitischen Stabilität in den Vereinigten Staaten gesehen: „Jeder Schlag gegen unseren Außenhandel ist ein direkter Stoß gegen unser wirtschaftliches und soziales Leben“, so hat etwa der Assistant Secretary of State Francis B. Sayre im Jahre 1936 unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik formuliert.<sup>41</sup> Wie hat Washington nun auf diese von Deutschland ausgehenden Gefahren reagiert? Lassen sich in der amerikanischen Deutschlandpolitik vor 1938 aktive Elemente ausmachen?

Das Fehlen sichtbarer diplomatischer Aktivitäten in der amerikanischen Deutschlandpolitik bis zum November 1938 – als Roosevelt in Reaktion auf die nationalsozialistischen Judenpogrome den amerikanischen Botschafter in Berlin zur Berichterstattung nach Washington zurückberief und gegenüber der Weltöffentlichkeit in unmißverständlicher Weise Position bezog<sup>42</sup> – ist wiederholt zum Anlaß genommen worden, die amerikanische Deutschlandpolitik pauschal als Appeasementpolitik zu bezeichnen. So hat Arnold Offner sein wichtiges Buch über die Deutschlandpolitik der Regierung Roosevelt in den dreißiger Jahren bezeichnenderweise unter dem Titel „American Appeasement“ veröffentlicht. Auch an anderer Stelle hat er wiederholt betont, daß es Hauptziel der Washingtoner Europapolitik gewesen sei, „to appease Germany during 1933–1940“. In seiner Überblicksdarstellung „The Origins of Second World War“ hat Offner unter Hinweis auf eine angebliche Parallelität in der Politik der beiden angelsächsischen Mächte pauschal von einer „era of appeasement“ gesprochen. Noch für das Jahr 1938 stellt er fest: „American diplomacy floundered in the sea of appeasement“.<sup>43</sup> Doch gab es so etwas wie eine allgemeine Appeasementpolitik der „English-speaking world“?<sup>44</sup>

Gerade ein Vergleich der britischen und amerikanischen Politik, der auch die ökonomischen Antriebskräfte in die Analyse einbezieht, bietet die Möglichkeit, die pauschale Interpretation zu differenzieren und die Unterschiede in den deutschlandpolitischen Strategien Washingtons und Londons zu verdeutlichen. Die neuere Forschung zur britischen Appeasement-Politik hat die Interdependenz politischer und ökonomischer Faktoren für die britische Außenpolitik klar herausgearbeitet und vor allem die politisch-ökonomische Doppelfunktion eines wirtschaftlichen Ausgleichs mit dem Dritten Reich verdeutlicht.<sup>45</sup> ‚Economic Appeasement‘ hatte nicht nur das Ziel, wirtschaftliche Divergenzen mit dem Dritten Reich zu mildern; ‚Economic Appeasement‘ war integraler Be-

standteil einer außenpolitischen Strategie, die darauf abzielte, einen Beitrag auch zur politischen Befriedung Europas zu leisten. Wirtschaftsabkommen mit Deutschland besäßen große Möglichkeiten als wichtiger Schritt in Richtung auf politisches Appeasement, so formulierte ein Mitglied des Department of Overseas Trade im Juli 1938.<sup>46</sup> Diese Interdependenz von wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen ist namentlich in Stellungnahmen des Foreign Office pointiert hervorgehoben worden, wenn wiederholt betont wurde, daß wirtschaftliches und politisches Appeasement Hand in Hand gehen müßten.<sup>47</sup>

Ähnlich wie die britische Regierung ging auch die amerikanische Regierung bei der Formulierung ihrer Deutschlandpolitik von der engen Wechselbeziehungen politischer und ökonomischer Faktoren aus; auch amerikanische Politiker und Diplomaten sprachen in diesem Kontext von ‚Economic Appeasement‘. Doch unterscheidet sich die amerikanische Formel eines ‚Economic Appeasement‘ in ihrer deutschlandpolitischen Zielsetzung grundlegend von dem britischen Konzept. Fraglos teilte die Roosevelt-Administration die britische Auffassung, daß internationale Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen eine Verminderung politischer Spannungen bewirken werde. Allerdings bedeutete diese generelle Übereinstimmung keinesfalls Zustimmung zu den deutschlandpolitischen Schlußfolgerungen der britischen Regierung, im Gegenteil: die meisten Angehörigen des State Department befürworteten eine kompromißlose Haltung gegenüber dem Dritten Reich.<sup>48</sup> ‚Economic Appeasement‘ sollte sich unter Bedingungen vollziehen, die von der amerikanischen Regierung definiert wurden, nämlich auf der Basis des amerikanischen Außenwirtschaftsprogramms vom Juni 1934, das in seinen Postulaten für die amerikanischen Exporte an den Grundprinzipien der Politik der ‚Offenen Tür‘ orientiert war. Mit der Ausweitung eines liberalen Handelsvertragssystems wäre das Dritte Reich, vermittelt über den außenwirtschaftlichen Bereich, zunehmend unter ökonomischen Druck geraten. Hier ergab sich ein Ansatzpunkt, das Dritte Reich auch politisch unter Druck zu setzen, formulierte etwa der Leiter der Europa-Abteilung zu Beginn des Jahres 1938: „Die Entwicklung unseres Handelsvertragsprogramms wird automatisch wirtschaftlichen Druck auf Deutschland ausüben, und damit haben wir eine fertiggeschmiedete Waffe in der Hand, um Deutschland zu veranlassen, den allgemeinen Welthandels- und politischen Gepflogenheiten zu entsprechen.“<sup>49</sup> Handelskonzessionen nach britischem Vorbild, so die Exponenten eines harten deutschlandpolitischen Kurses, würden es dem nationalsozialistischen Regime lediglich erleichtern, die Hegemonialstellung in Europa auszubauen und schließlich seine Weltherrschaftspläne zu konkretisieren. Namentlich Assistant Secretary of State George S. Messersmith hat immer wieder betont, daß ein harter Kurs im wirtschaftlichen Bereich die Möglichkeit biete, das nationalsozialistische Deutschland ökonomisch und politisch derart zu schwächen, daß es schließlich gezwungen sein werde, an seiner Wirtschafts- und Außenpolitik Kurskorrekturen vorzunehmen.<sup>50</sup> Diese aktive Gegenpolitik erfolgte zu einem Zeitpunkt, als von einer Bedrohung der Sicherheit der USA im militärisch-strategischen Sinne keine Rede sein konnte,<sup>51</sup> und manifestierte sich am deutlichsten in den britisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen

von 1937/38. Der von der Forschung für den Gesamtkontext der britischen und amerikanischen Außenpolitik bisher nicht hinreichend gewürdigte britisch-amerikanische Handelsvertrag vom November 1938 war ein Eckpfeiler der amerikanischen Eindämmungsstrategie mit ökonomischen Mitteln. Die politisch-ökonomische Doppelfunktion dieses Vertrages wurde auf amerikanischer Seite wiederholt betont, ganz besonders seitens des State Department. Für die Interpretation der deutsch-amerikanischen Beziehungen kann die politische Bedeutung des Handelsvertrages kaum überschätzt werden. Angesichts der isolationistischen Tendenzen in der amerikanischen Öffentlichkeit sowie der Neutralitätsgesetzgebung des Kongresses war die Handelsvertragspolitik das einzige Instrument, das der Regierung Roosevelt im Bereich der Außenpolitik bis zum Jahre 1939 zur Verfügung stand. Selbst für den Fall, daß man die ökonomischen Antriebskräfte der amerikanischen Außenpolitik für unbedeutend hält und sich stattdessen auf die politischen und ideologischen Aspekte der Roosevelt'schen Diplomatie konzentrieren will, bleibt davon der instrumentale Einsatz der Handelspolitik für die Außenpolitik unberührt.

Die zentrale Bedeutung der Handelspolitik für die amerikanische Außenpolitik wurde übrigens sowohl von der britischen Regierung als auch von der nationalsozialistischen Führung klar diagnostiziert. Die britischen Akten dokumentieren deutlich die politische Dimension des 1938 mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Handelsvertrages. Bereits im Mai 1937 ließ Neville Chamberlain die Delegierten der Empire-Konferenz darauf hinweisen, daß die moralischen und psychologischen Wirkungen eines solchen Abkommens in aller Welt enorm sein würden, daß es wirtschaftliche Zusammenarbeit sei, mit der amerikanische Sympathie zu gewinnen wäre, und daß die Sympathie von unschätzbarem Wert wäre, wenn man sich eines Tages wieder in einem großen Kampf befände.<sup>52</sup> Im Juli 1937 kamen die Mitglieder des Kabinetts überein, „die Bedeutung aktenkundig zu machen, die sie vom politischen und internationalen Standpunkt aus dem Abschluß eines Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika beimaßen.“<sup>53</sup> In Berlin wurde der britisch-amerikanische Handelsvertrag ebenfalls als Instrument der amerikanischen und auch britischen Außenpolitik gesehen, und zwar mit eindeutig antideutscher Stoßrichtung. Die Reichsregierung legte jedoch allergrößten Wert darauf, diese außenpolitischen Gesichtspunkte in einer breiteren Öffentlichkeit nicht zu diskutieren. Das Propaganda-Ministerium hatte zwar vor Abschluß des Vertrages die Journalisten vertraulich auf dessen politische Bedeutung hinweisen lassen, zugleich aber angeordnet, den Handelsvertrag „nicht zum Anlaß von Kombinationen über einen engeren politischen Zusammenschluß der westlichen Demokratien“ zu nehmen.<sup>54</sup> Nach Vertragsabschluß wurde der Presse auf Anregung des Auswärtigen Amtes noch einmal ausdrücklich verboten, gegen das Abkommen „zu polemisieren, um nicht den Eindruck zu erwecken, als betrachteten wir das als einen Sieg der Demokratien“.<sup>55</sup>

Der britisch-amerikanische Handelsvertrag ist einmal ein Beleg für die potentiell auch politische Bedeutung sich scheinbar auf ökonomische Fragen beschränkender Vorgänge in der amerikanischen Außen- und der hier zur Debatte

stehenden Deutschlandpolitik. Zum anderen unterstreicht eine Analyse des Vertrages, welche Möglichkeiten ein über die Behandlung bilateraler Probleme hinausgreifender Forschungsansatz für die Interpretation der deutsch-amerikanischen Beziehungen bieten kann. Die von der Forschung noch nicht umfassend ausgewerteten britischen und amerikanischen Akten zu den Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden angelsächsischen Mächten<sup>56</sup> enthalten jedenfalls umfangreiches Material, das zu einem solchen komparativen Vorgehen ermuntern sollte. Wichtige Ansätze bietet in dieser Hinsicht bereits Callum MacDonald mit seinem Buch „The United States, Britain, and Appeasement“. Allerdings orientiert sich MacDonald noch zu stark an einem diplomatiegeschichtlichen Koordinatensystem, wenn er etwa in Auseinandersetzung mit Offner zusammenfassend bemerkt: „... eine Wendung vom Appeasement zum Containment . . . fand im Oktober 1937 statt.“<sup>57</sup> Weitere Studien über die von der Forschung lange vernachlässigten britisch-amerikanischen Beziehungen dürften bei Berücksichtigung der Verschränkung politischer, militärisch-strategischer und ökonomischer Faktoren zu einer weiteren Klärung der Frage beitragen, ab wann man von einer ‚Containment‘-Politik gegenüber dem Dritten Reich sprechen kann.<sup>58</sup> Fraglos läßt gerade die Washingtoner Politik gegenüber Großbritannien Grundprinzipien amerikanischer Außenpolitik erkennen, die ein Appeasement der Regierung Roosevelt gegenüber dem Dritten Reich ausschlossen. So hat die neuere Forschung nicht zuletzt unter Hinweis auf die vor Kriegsausbruch intensivierte britisch-amerikanische Kooperation betont, daß Roosevelt eine „indirekte Führungsrolle für die USA in der Welt angestrebt“ habe.<sup>59</sup> Die Vision einer Pax Americana, wie sie dann etwa in der Atlantik-Charta formuliert wurde, richtete sich im Kern auch gegen das britische Empire. Man kann sich kaum vorstellen, warum die Regierung Roosevelt die Etablierung einer nationalsozialistischen Hegemonialstellung ausgerechnet zu einem Zeitpunkt akzeptieren sollte, als Washington sich ungeachtet der um die Jahrhundertwende etablierten britisch-amerikanischen ‚special relationship‘ anschiekte, den Fortbestand des britischen Empire in Frage zu stellen.

In welchem Maße die nationalsozialistische Expansion in Washington als grundlegende Herausforderung der weltweiten Interessen der USA betrachtet wurde, spiegelt sich nicht zuletzt in den amerikanischen Nachkriegsplanungen.<sup>60</sup> Wie war das besiegte Deutschland zu behandeln, um für alle Zukunft die Gefahr einer von Deutschland ausgehenden Aggression auszuschließen? Der fraglos extremste Vorschlag wurde von Finanzminister Henry Morgenthau formuliert, der vor allem auf eine drastische Beschneidung der industriellen Kapazität Deutschlands abzielte, weil diese Deutschland in der Vergangenheit wiederholt in die Lage versetzt hatte, den Status quo in Europa grundlegend herauszufordern.<sup>61</sup> Das Nachwirken des Morgenthau-Plans im Bewußtsein der Zeitgenossen sollte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in den Vorstellungen Morgenthau's kulminierende Diskussion über eine harte Behandlung des besiegten Deutschland innerhalb weniger Monate kaum mehr war als eine historische Episode.

Im Zuge der Genesis des Kalten Krieges wurde der von den Westmächten kontrollierte Teil Deutschlands innerhalb eines Jahres erneut zum Kernstück amerikanischer Stabilisierungspolitik in Deutschland. Zwar nahm man die in vielen Passagen an den Morgenthau-Plan erinnernde ‚destruktive‘ Weisung an die amerikanische Militärregierung vom Frühjahr 1945 (JCS 1067) erst im Juli 1947 mit der ‚konstruktiven‘ Weisung JCS 1779 zurück, doch wurde hier weniger eine neue Deutschlandpolitik angekündigt als vielmehr der bereits praktizierte Kurs aktenkundig gemacht: die amerikanische Stabilisierungspolitik nämlich, die die Truman-Administration aus verschiedenen, zum Teil eng miteinander verzahnten Motiven verfolgte, von denen hier fünf Faktoren hervorgehoben seien:

1. Deutschland war ein wichtiges Konfliktfeld für Genesis und Verschärfung des Ost-West-Konfliktes. Im Interesse der Begrenzung und Zurückdrängung sowjetischer Einflußnahmen in den Westzonen schien eine Verhinderung von ökonomischem Chaos dringend geboten. Vor allem der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, Lucius D. Clay, hat auf diese Zusammenhänge wiederholt hingewiesen, die ihn veranlaßten, ab Frühjahr 1946 zu einer pragmatischen Stabilisierungspolitik in der amerikanischen Zone überzugehen.
2. Seit Anfang 1947 setzte sich innerhalb der Truman-Administration die Auffassung durch, daß bei der aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gebotenen ökonomischen Stabilisierung Westeuropas den westlichen Besatzungszonen Deutschlands eine Schlüsselfunktion zukam.
3. Die Schwäche Westdeutschlands eröffnete der amerikanischen Regierung wie nach dem Ersten Weltkrieg zugleich die besten Möglichkeiten, amerikanische Rekonstruktionshilfen mit der Durchsetzung eigener Ordnungsvorstellungen im binnen- und außenwirtschaftlichen Bereich zu verknüpfen.
4. Angesichts der engen Verzahnung von westdeutscher und westeuropäischer Rekonstruktion zeichnete sich hier auch in mittel- und langfristiger Perspektive die Möglichkeit ab, auf die Politik der westeuropäischen Staaten – insbesondere Frankreichs und Großbritanniens – mittelbar Einfluß zu nehmen.
5. Ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Westdeutschlands lag schließlich im unmittelbaren ökonomischen Interesse der USA. Neben der Bedeutung Westdeutschlands als Absatzmarkt ist auch die Wiederbelebung von Industriekooperationen und Investitionen zu nennen. Die amerikanischen Führungseliten haben hier an die enge deutsch-amerikanische Kooperation in der Dawesplan-Phase angeknüpft.

In der Gewichtung der einzelnen Motive für eine amerikanische Stabilisierungspolitik wird es für die weitere Forschung vor allem darauf ankommen, den zeitlichen Rahmen für die etappenweise Durchsetzung dieser zunächst nur von General Clay verfolgten pragmatischen Stabilisierungspolitik zu ‚der‘ amerikanischen Politik genauer als bisher abzustecken und zugleich auch die auf die Deutschlandpolitik wirkenden verschiedenen Einflußfaktoren innerhalb der Truman-Administration auszumachen.

Die Rekonstruktion Westdeutschlands in den Jahren 1945–49, die Gründung des westdeutschen Teilstaates sowie die Konsolidierung der Bundesrepublik zu Beginn der fünfziger Jahre haben sich mittlerweile zu einem Schwerpunkt der zeitgeschichtlichen Forschung entwickelt.<sup>62</sup> Die große Bandbreite der dabei aufgegriffenen Fragen spiegelt sich nicht zuletzt in einer Reihe von Aufsatz- und Quellensammlungen und namentlich in der ganz hervorragenden Edition der Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.<sup>63</sup> Angesichts der zentralen Rolle der USA für den westdeutschen Rekonstruktionsprozeß kann es nicht überraschen, daß die amerikanische Deutschlandpolitik in diesem Zusammenhang besonderes Interesse findet.<sup>64</sup> Dies wird nicht zuletzt auch durch das vom Institut für Zeitgeschichte und dem Bundesarchiv betreuten OMGUS-Projekt unterstrichen, das zahlreiche Akten der amerikanischen Militärregierung auch in der Bundesrepublik der Forschung unmittelbar zugänglich macht.<sup>65</sup>

Wenngleich die meisten Kommentatoren bei ihrer Bewertung der Vorgeschichte der Bundesrepublik von einer Interdependenz zwischen der inneren Entwicklung in den Westzonen einerseits und der außenpolitischen Einflüsse andererseits ausgehen, so haben sich in der Gewichtung externer Faktoren für die innere Entwicklung in den Westzonen in den letzten Jahren Forschungskontroversen herausgeschält, die eng mit der amerikanischen Rekonstruktionspolitik im allgemeinen und dem Marshall-Plan im besonderen verknüpft sind. Zwei Fragen sind in diesem Zusammenhang vor allem zu stellen:

1. Wann begann in Westdeutschland der Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion, und welche wirtschaftliche Bedeutung kommt dem Marshall-Plan für diesen Prozeß zu?
2. Welches waren die ordnungspolitischen Intentionen und Wirkungen der Washingtoner Stabilisierungspolitik in Westdeutschland?

Was den Beginn des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses anbelangt, so ist in diesem Zusammenhang zunächst auf die Forschungen von Werner Abelshäuser zu verweisen.<sup>66</sup> Er hat die These entwickelt, daß angesichts „systematischer Bemühungen der angelsächsischen Besatzungsmächte, die Industrieproduktion in ihren Zonen wieder in Gang zu setzen“, die Phase der Stagnation nach Kriegsende nicht lange anhielt. In der amerikanischen und britischen Zone sei auf den Zusammenbruch „ein schneller Anstieg der industriellen Produktion“ erfolgt, der „seine Dynamik bis in den Sommer 1946 bewahrte, bis in das vierte Quartal 1946 anhielt und rund vier Zehntel der Vorkriegsproduktion wiederherstellte“. Der bis dahin „ungebrochene Aufschwung“ sei im Winter 1946/47 an der „akuten Schwäche des Transportsystems“ gescheitert. Ein weiterer „anhaltender Aufschwung“ setzte im Herbst 1947 ein, wobei bis dahin „Hilfe von außen . . . kaum erfolgt“ sei. Währungsreform und Marshallplan, so folgert Abelshäuser, konnten mithin „nicht eine Entwicklung eingeleitet haben, die schon lange vor seiner Realisierung begonnen hat. Als im Oktober 1948 die ersten gewerblichen ERP-Lieferungen im Besatzungsgebiet eintrafen, trat der Rekonstruktions-

prozeß schon in ein zweites Jahr. Die Bedeutung der Währungsreform und der Marshall-Plan-Lieferungen als Treibsätze des Starts in das ‚Wirtschaftswunder‘ der fünfziger Jahre muß deshalb erheblich eingeschränkt werden.“ Ob diese anregende Interpretation Abelshausers wird Bestand haben können, dürften erst weitere Forschungen zeigen, die sich stärker auf bestimmte Sektoren der deutschen Nachkriegsindustrie konzentrieren.<sup>67</sup>

In bezug auf die ordnungspolitischen Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland wird immer wieder die Frage nach möglichen Alternativen zur Restabilisierung des privatkapitalistischen Systems diskutiert, denn in der Niederlage schien das kapitalistische Wirtschaftssystem nachhaltig diskreditiert: „Kurz nach dem Zusammenbruch hätte kaum jemand eine Wette auf den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgeschlossen. Antikapitalistische Bestrebungen und Bestimmungen waren weit verbreitet, wenn auch vage und wenig entschieden. Intellektuelle und Politiker plädierten für irgendeine Form des Sozialismus oder der Gemeinwirtschaft . . .“<sup>68</sup> Das kapitalistische Wirtschaftssystem habe sich an seinen eigenen Gesetzen totgelaufen, bemerkte noch im Juni 1947 der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold.<sup>69</sup> Aus welchen Gründen konnten sich derartige Stimmungen und Tendenzen nicht durchsetzen, warum hat sich eine Restabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so schnell vollziehen können? Und welchen Einfluß übte hier die amerikanische Deutschlandpolitik aus? Für die revisionistische Geschichtsschreibung gilt es als ausgemacht, daß es ein Hauptziel der Truman-Administration gewesen sei, Westdeutschland in das westliche kapitalistische System zu reintegrieren und im Zuge dieser Politik auch dafür zu sorgen, daß sich Westdeutschland am amerikanischen Modell des freien Unternehmertums orientierte. So hat etwa Lloyd Gardner die Truman-Politik als reaktionär beschrieben: „Was in Westdeutschland tatsächlich stattfand . . . war eine amerikanische Konterrevolution – gegen die Politik . . . deutscher Sozialdemokraten und schließlich den europäischen Radikalismus.“<sup>70</sup>

Diese revisionistische Interpretation ist in den letzten Jahren wiederholt auf Kritik gestoßen, ja zurückgewiesen worden. In der Entwicklung einer Gegenposition zu dieser revisionistischen Argumentation ging Dörte Winkler sogar so weit, von einer „amerikanischen Sozialisierungspolitik in Deutschland“ zu sprechen.<sup>71</sup> Diese Einschätzung hat Werner Link in seinem wichtigen Aufsatz über den Marshall-Plan in Deutschland in einer freilich differenzierteren Argumentation im wesentlichen unterstützt, wenn er die von Erich Ott formulierte These vom „präjudizierende(n) Charakter“ des Marshall-Plans für die Wirtschaftsordnung Westdeutschlands zurückweist und sich dagegen wehrt, pauschal von einer „Verhinderung der Sozialisierungsmaßnahmen durch die US-Militärregierung“ zu sprechen. Es sei fraglos „zutreffend, daß gemäß dem amerikanischen Wertesystem, in dem freiheitliche Demokratie und freie Wirtschaft eine untrennbare Einheit bilden, die amerikanischen politischen und ökonomischen Eliten hofften und wünschten, daß sich in Westdeutschland eine freie Marktwirtschaft durchsetzen würde“. Doch müsse man, so Link, zwischen „Wunsch

und Oktroi“ unterscheiden. Im übrigen sei in der US-Zone, nämlich in Hessen, die Sozialisierung entgegen einer immer wieder formulierten Auffassung nicht auf Dauer suspendiert, sondern (allerdings in restriktiver Auslegung) verwirklicht worden.<sup>72</sup>

Link hat seine Position schließlich mit dem Hinweis zu untermauern gesucht, daß die Washingtoner Diplomatie in England die Sozialisierungspolitik toleriert habe. Gerade aber eine Einbeziehung des Faktors England und der in den britischen Akten zugänglichen Informationen zwingt zu einer Neubewertung der amerikanischen Position gegenüber den Problemen der Sozialisierung in Westdeutschland. So haben Horst Lademacher<sup>73</sup> und Rolf Steininger<sup>74</sup> unter Auswertung dieser britischen Akten in überzeugender Weise belegen können, daß die Regierung Attlee mit ihren Plänen zur Sozialisierung des Ruhr-Bergbaus am Widerstand der Washingtoner Regierung scheiterte. Aufgrund ihrer finanzpolitischen Schwierigkeiten sah sich die britische Regierung schließlich genötigt, dem amerikanischen Wunsch auf Verschiebung der Sozialisierungspläne zuzustimmen – wohl wissend, daß dies das faktische Ende der Sozialisierungspolitik sein mußte. General Robertson, der britische Militärgouverneur, brachte diesen Zusammenhang auf die einprägsame Formel: „He who pays the piper calls the tune.“<sup>75</sup> Die hier nur angedeutete Diskussion über Motive und Scheitern der britischen Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum unterstreicht zunächst einmal mehr die zentrale Bedeutung der USA für den westdeutschen Rekonstruktionsprozeß. Überdies machte die im Kontext der amerikanisch-britischen Beziehung geführte Debatte deutlich, daß Zielsetzungen und Ergebnisse der amerikanischen Deutschlandpolitik sowie vor allem die Mechanismen zu deren Realisierung von einer bilateralen Analyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht hinreichend erfaßt werden können. Gerade angesichts des häufig indirekt-informellen Charakters der amerikanischen Einflußnahme scheint für die Analyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen ein Forschungsansatz erforderlich, der sich stärker als bisher auf eine multilaterale Interpretationsbasis stützen kann. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Marshall-Plan als ein hervorragendes Forschungsproblem zu nennen.<sup>76</sup> In den letzten Jahren wurden zwar zahlreiche Studien über Genesis und Wirkung des Marshall-Plans auch für den speziellen Bereich der deutsch-amerikanischen Beziehung vorgelegt. Wichtige Fragen blieben jedoch kontrovers oder gar ganz offen: Welche Wirkungen hatte der Marshall-Plan im einzelnen auf Konjunkturverlauf und Wirtschaftsordnung, Weststaatsgründung und Außenpolitik der Bundesrepublik? Handelte es sich beim Marshall-Plan um ein improvisiertes „crash-programm“<sup>77</sup> oder ein sorgfältig geplantes Wiederaufbauprogramm und welche Funktion erfüllte Westdeutschland in diesem Konzept? Wie wurden die amerikanischen ökonomischen Interessen im Kontext des Marshall-Plans definiert? Welche politische Funktion hatte er zu erfüllen und wie ist es möglich, ein über die allgemeine Diagnose einer Interdependenz politischer und ökonomischer Aspekte hinausgehende Gewichtung dieser Faktoren vorzunehmen? Wie ist es möglich, die Auswirkungen des Marshall-Plans auf die einzelnen Empfän-

gerländer in vergleichender Perspektive zu quantifizieren? Wahrscheinlich lassen sich hier durch eine komparative Analyse bisher nicht hinreichend erkannte Elemente der amerikanischen Deutschlandpolitik diagnostizieren.

Schließlich öffnet eine vergleichende Interpretation von Zielsetzungen und Wirkungen amerikanischer Rekonstruktionspolitik in den einzelnen westeuropäischen Ländern die Perspektive, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der amerikanischen Europapolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlicher als bisher zu markieren. Wo hat die Truman-Administration konzeptionell an die Stabilisierungspolitik der zwanziger Jahre angeknüpft, wo liegen qualitativ neue Entwicklungen? Am Beispiel der deutsch-amerikanischen Beziehungen drängen sich fraglos Vergleiche zwischen der amerikanischen Politik der zwanziger Jahre und vierziger Jahre auf, denn nach beiden Weltkriegen wurde Deutschland zum Kernstück der amerikanischen Stabilisierungspolitik.

Es ist vor allem Werner Links Verdienst<sup>78</sup>, für die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach den beiden Weltkriegen derartige Kontinuitätselemente herausgearbeitet und im einzelnen gezeigt zu haben, daß in den Jahren 1945/46 die Nachkriegssituation „wie nach 1918/19 zunächst primär ökonomisch definiert“ wurde, nämlich als „Notwendigkeit, die Weltwirtschaft zu stabilisieren, der expandierenden amerikanischen Wirtschaft günstige Weltmarktchancen zu schaffen und die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu sichern . . . Die Kontinuität des ökonomischen Engagements ist also zweifellos vorhanden; aber im Gegensatz zu der Zwischenkriegszeit ist nunmehr eine starke politische und militärische Fundierung dieses Engagements gegeben – so wie es aufgrund der Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit und angesichts der neuen internationalen Konstellation von kompetenten Autoren nach 1945 gefordert worden war.“ Und diese „Verbindung zwischen ökonomischem, politischem und militärischem Engagement hat in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg ihre markanteste Ausprägung erfahren.“

Mit der Betonung dieser Kontinuitätslinien im deutsch-amerikanischen Verhältnis treten dann auch die kooperativen Phasen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen des zwanzigsten Jahrhunderts hervor. Diese kooperativen Elemente der deutsch-amerikanischen Beziehungen sind für Deutschland wie auch für Washington von hervorragender Bedeutung. Das kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Dennoch besteht bei einer zu starken Fixierung auf die konstruktiven Kontinuitätslinien die Gefahr, daß die Sensibilität für Störfaktoren vermindert wird. Gerade für die zukünftige Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen scheint es erforderlich, die Ursachen für Konflikte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – eines Zeitraums, für den inzwischen eine kaum zu bewältigende Fülle von Quellen zur Verfügung steht – umfassender als bisher zu erforschen. Hier ist noch einmal an die Ausprägung der deutsch-amerikanischen Antagonismen vor dem Ersten Weltkrieg und vor allem an die schnelle Auflösung der deutsch-amerikanischen Interessenparallelität in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 zu erinnern. Bei der Analyse der Genesis derartiger Konfliktpotentiale wie auch der Mechanismen amerikanischer Einflußnahme auf die deutsche und damit auch europäische Politik sollte hierbei

stärker als bisher von einem multilateralen Forschungsansatz ausgegangen werden. Ein solcher multilateraler Ansatz läßt dann auch noch stärker, als dies eine bilaterale Analyse vermag, ökonomische Faktoren der deutsch-amerikanischen Beziehungen hervortreten, die von einer traditionellen Geschichtsschreibung häufig nicht erfaßt oder vernachlässigt werden. Hier wird es darauf ankommen, durch empirische Untersuchungen den jeweiligen politischen Stellenwert ökonomischer Faktoren im Gesamtgeflecht der deutsch-amerikanischen Beziehungen deutlich zu machen, das heißt vor allem zwischen der aus innenpolitischen Konstellationen resultierenden möglichen Eigendynamik wirtschaftlicher Interessen und der stärker funktionalen Rolle der Ökonomie für die Durchsetzung außenpolitischer Strategien im Einzelfall zu unterscheiden. Durch solche primär empirisch orientierten Forschungen ergibt sich dann vielleicht die Möglichkeit, stärker als bisher einen Brückenschlag zwischen gelegentlich dogmatischer oder als dogmatisch diskreditierter revisionistischer Geschichtsschreibung und einer sich um die Integration ökonomischer Perspektiven bemühenden modernen Politikgeschichte zu vermitteln. Durch eine vergleichende Perspektive eröffnet sich überdies die Möglichkeit, die Frage zu beantworten, ob es sich bei der zunehmenden Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert um einen generellen Trend in den internationalen Beziehungen oder ein Spezifikum im deutsch-amerikanischen Verhältnis handelt.

Schließlich ist es eine wichtige Aufgabe der Forschung, ihre Ergebnisse in einer Weise darzustellen, die auch eine breitere politisch interessierte Öffentlichkeit erreicht. Ohne derartige Information über Grundlagen der deutsch-amerikanischen Beziehungen und ihre historischen Vorbelastungen sowie der an historischen Beispielen entwickelten Interessenlagen der beiden Staaten wird eine dauerhafte Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Kooperation schwer möglich sein. Denn diese Zusammenarbeit ist auf Dauer ohne einen breiten innenpolitischen Konsens schwer durchsetzbar, und ein solcher Konsens ist umso störanfälliger, je geringer der Informationsstand ist. Die Tatsache, daß in der Bundesrepublik seit einigen Jahren das Wort vom Antiamerikanismus wieder die Runde macht, mahnt jedenfalls zur Vorsicht. Das gilt umso mehr, als die Entwicklungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts eindringlich gezeigt haben, daß der Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht nur für die beteiligten Länder, sondern für das gesamte internationale System von überragender Bedeutung sind.

## Anmerkungen

- 1 Der Text lehnt sich im wesentlichen an die auf der Tricentennial Conference in Philadelphia im Herbst 1983 in englischer Sprache vorgelegte Fassung an. Aus Platzgründen wurde auf umfangreiche Ergänzungen verzichtet.
- 2 William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, Cleveland: World Publishing Co., 1959; 2. erw. Aufl., New York: Dell, 1972; dt.: *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, Frankfurt: Suhrkamp, 1974.

- 3 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1900*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1974; von den früheren Aufsätzen Wehlers: 1889 – Wendepunkt der amerikanischen Außenpolitik. Die Anfänge des modernen Panamerikanismus – Die Samoakrise, in: *Historische Zeitschrift* (= HZ) 201. 1965, S. 57–109; zur Rezeption der Williams-Schule außerdem Werner Link, *Die Außenpolitik der USA 1919–1933. Quellen und neue amerikanische Literatur*, in: *Neue Politische Literatur* (= NPL) 12. 1967, S. 343–356; ders., *Die amerikanische Außenpolitik aus revisionistischer Sicht*, ebd., 16. 1971, S. 205–220; Hans-Jürgen Schröder, *Ökonomische Aspekte der amerikanischen Außenpolitik 1900–1923*, ebd., 17. 1972, S. 298–321.
- 4 Erich Angermann, *Ein Wendepunkt in der Geschichte der Monroe-Doktrin und der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Venezuelakrise von 1902/03 im Spiegel der amerikanischen Tagespresse*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* (= JfA) 3. 1958, S. 22–58; vgl. zur Venezuelakrise auch Holger Herwig, *German Imperialism and South America before the First World War. The Venezuelan Case 1902/03*, in: Alexander Fischer u. a. (Hg.), *Rußland–Deutschland–Amerika. Russia–Germany–America*. Fs. Fritz T. Epstein, Wiesbaden: Steiner, 1978, S. 117–130.
- 5 Ragnhild Fiebig, *Lateinamerika als Konflikttherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1890–1903*, Diss. Köln 1984 (im Druck, Zitat im Manuskript S. 1119).
- 6 Vgl. Paul M. Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860–1914*, London: George Allen & Unwin, 1980; ders., *British and German Reactions to the Rise of American Power*, in: Roger J. Bullen u. a. (Hg.), *Ideas into Politics. Aspects of European History, 1880–1950*, London: Croom Helm, 1984, S. 15–24.
- 7 Reiner Pommerin, *Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Realität und Perzeption, 1890–1917* (in Vorbereitung).
- 8 Grundlegend noch immer Alfred Vagts, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik*, 2 Bde., New York: Macmillan, 1935.
- 9 Zusammenfassend Hans W. Gatzke, *The United States and Germany on the Eve of World War I*, in: Imanuel Geiss u. Bernd Jürgen Wendt (Hg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf: Bertelsmann, 1973, S. 271–286.
- 10 Reinhard R. Doerries, *Washington–Berlin 1908/1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann, 1975; vgl. außerdem die Aufsätze *Imperial Berlin and Washington. New Light on Germany's Foreign Policy and America's Entry into World War I*, in: *Central European History* 11. 1978, S. 23–49; *The Politics of Irresponsibility. Imperial Germany's Defiance of United States Neutrality during World War I*, in: Hans L. Trefousse (Hg.), *Germany and America. Essays on the Problems of International Relations and Immigration*, New York: Brooklyn College Press, 1980, S. 3–20; vgl. auch Jürgen Möckelmann, *Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Krise. Studien zur amerikanischen Politik im ersten Weltkrieg*, Frankfurt: Europäische Verlags-Anstalt, 1967; Kennedy, *British and German Reactions*, S. 24.
- 11 Doerries, *Washington–Berlin*, S. 257.
- 12 Williams, *Tragedy*, Überschrift Kapitel 2; Arthur S. Link, *The Higher Realism of Woodrow Wilson and Other Essays*, Nashville: Vanderbilt University Press, 1971; Klaus Schwabe, *Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanertum und Liberalismus*, Göttingen: Muster-schmidt, 1971; N. Gordon Levin, *Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution*, New York: Oxford University Press, 1968; Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919*, New York: Random House, 1969.
- 13 Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf: Droste, 1971.
- 14 Ebd., S. 655.
- 15 Ebd., S. 658.
- 16 Vgl. die Überlegungen bei Melvyn P. Leffler, *Political Isolationism, Economic Expansionism or Diplomatic Realism? American Policy toward Western Europe, 1921–1933*, in: *Perspectives in American History* 8. 1974, S. 413–468; Klaus Schwabe, *Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit*, Wiesbaden: Steiner, 1975.
- 17 Einen vorzüglichen Überblick über unterschiedliche Interpretationen zur amerikanischen Außenpolitik in den zwanziger Jahren gibt John Braeman, *American Foreign Policy in the Age of Normalcy. Three Historiographical Traditions*, in: *Amerikastudien/American Studies* 26. 1981, S. 125–158.
- 18 William Appleman Williams, *The Legend of Isolationism in the 1920's*, in: *Science and Society* 18. 1954, S. 1–20.
- 19 Dieter Bruno Gescher, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924. Eine Untersuchung der Reparationsfrage auf der Grundlage amerikanischer Akten*, Bonn: Röhrscheid, 1956; Eckhard Wandel, *Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–1929*, Tübingen: J.C.B. Mohr, 1971; vgl. die Auseinandersetzung mit der Literatur bei Peter Krüger, *Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (= VfZ) 29. 1981, S. 21–47.
- 20 Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1976.
- 21 Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32*, Düsseldorf: Droste, 1970; Zusammenfassung: *Die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und den USA*, in: Manfred Knapp u. a., *Die USA und Deutschland 1918–1975. Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft*, München: C.H. Beck, 1978, S. 62–106.
- 22 Vgl. in diesem Zusammenhang auch Peter H. Buckingham, *International Normalcy. The Open Door Peace with the Former Central Powers, 1921–29*, Wilmington: Scholarly Resources, 1983.
- 23 Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die konjunkturanregenden Wirkungen der deutschen Inflation auf die US-Wirtschaft in der Weltwirtschaftskrise 1920/21*, in: Gerald D. Feldman u. a. (Hg.), *Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin: de Gruyter, 1982, S. 207–234.
- 24 Zitiert, bei Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 174.
- 25 Vgl. in diesem Zusammenhang auch Frank Costigliola, *The United States and the Reconstruction of Germany in the 1920s*, in: *Business History Review* 50. 1976/77, S. 477–502; Manfred Jonas, *Mutualism in the Relations between the United States and the Early Weimar Republic*, in: Trefousse, *Germany and America*, S. 41–53, mit weiteren Belegen.
- 26 Vgl. Peter Krüger, *Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1973.
- 27 Vgl. Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 348ff.; Robert Gottwald, *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann*, Berlin: Colloquium, 1965.
- 28 Werner Link, *Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines ‚penetrierten Systems‘)*, in: Hans Mommsen u. a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf: Droste, 1974, S. 485–498.
- 29 Wichtige Probleme der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Brüning behandelt jetzt die vorzügliche Dissertation von Robert C. Dahlberg, *Heinrich Brüning, the Center Party, and Germany's ‚Middle Way‘. Political Economy and Foreign Policy in the Weimar Republic*, Johns Hopkins University 1983.
- 30 Gustav Schmidt, *Dissolving International Politics? In: ders. (Hg.), Konstellationen internationaler Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, Bochum: Brockmeyer, 1983, S. 348–428.
- 31 Vgl. für die Jahre 1933–39: Josef E. Heindl, *Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von 1933–1939*, Diss. Würzburg 1964; Joachim Remak, *Germany and the United States, 1933–1939*, Diss. Stanford University 1965; Peter Schäfer, *Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von 1933 bis 1939. Unter besonderer Berücksichtigung der Boykottbewegung der Vereinigten Staaten*, Diss. Humboldt Universität Berlin 1964; Thomas E. Etzold, *Fair Play. American Principles and Practice in Relations with Germany, 1933–1939*, Diss. Yale University 1970; Alton Frye, *Nazi Germany and the American Hemisphere*, New Haven: Yale University Press, 1967; Arnold A. Offner, *American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany, 1933–1938*, Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press, 1969; Hans-Jürgen Schröder, *Deutschland und*

- die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden: Steiner, 1970; zu der unmittelbaren Vorgeschichte des amerikanischen Kriegseintritts: Hans L. Trefousse, *Germany and American Neutrality, 1939–1941*, New York: Bookman, 1951; Jürgen Rohwer, *Das deutsch-amerikanische Verhältnis 1937–1941*, T. 1, *Vom Neutralitätsgesetz zur Englandhilfe*, Diss. Hamburg 1954; Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939–1941*, Stuttgart: Kohlhammer, 1965; Günter Hass, *Von München bis Pearl Harbor. Zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1938–1941*, Berlin: Akademie, 1965; Thomas A. Bailey u. Paul B. Ryan, *Hitler vs. Roosevelt. The Undeclared Naval War*, New York: Free Press, 1980; vgl. auch die Literaturberichte von Ernest R. May, *Nazi Germany and the United States. A Review Essay*, in: *Journal of Modern History* 41. 1969, S. 207–214, u. Werner Link, *Das nationalsozialistische Deutschland und die USA 1933–1941*, in: *NPL* 18. 1973, S. 225–233.
- 32 Vgl. insbes. Andreas Hillgruber, *Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (= PuZ)*, 11. 5. 1966, S. 3–21, abgedruckt in: ders., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf: Droste, 1977, S. 197–222; außerdem Joachim Remak, *Hitlers Amerikapolitik*, in: *Außenpolitik* 6. 1955, S. 706–714; ders., *Two German Views of the United States. Hitler and His Diplomats*, in: *World Affairs Quarterly* 28. 1957/58, S. 25–35; Gerhard L. Weinberg, *Hitler's Image of the United States*, in: *American Historical Review* 69. 1963/64, S. 1006–1021; Harald Frisch, *Das deutsche Roosevelt-Bild (1933–1941)*, Diss. Freie Universität Berlin 1967; James V. Compton, *The Swastika and the Eagle. Hitler, the United States and the Origins of World War II*, Boston: Houghton Mifflin, 1967 (dt.: *Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges*, Oldenburg: Stallung, 1967).
- 33 Joachim Remak, „Friends of the New Germany“. *The Bund and German-American Relations*, in: *Journal of Modern History* 29. 1957, S. 38–41; Arthur L. Smith, *The Deutschtum of Nazi Germany and the United States*, The Hague: Martinus Nijhof, 1965; Klaus Kipphan, *Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten 1933–1941*, Heidelberg: Winter, 1971; Gernot Heinrich Willy Graessner, *Deutschland und der Nationalsozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika 1933–1939. Ein Beitrag zur Deutschtumspolitik des Dritten Reiches*, Diss. Bonn 1973; Sander A. Diamond, *The Nazi Movement in the United States, 1924–1941*, Ithaca: Cornell University Press, 1974.
- 34 Henry L. Feingold, *The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust, 1938–1945*, New Brunswick: Rutgers University Press, 1970; Saul S. Friedman, *No Haven for the Oppressed. United States Policy toward Jewish Refugees, 1938–1945*, Detroit: Wayne State University Press, 1973; Arthur M. Morse, *While Six Million Died*, New York: Random House, 1968 (dt.: *Die Wasser teilten sich nicht*, Bern: Rütten & Loenig, 1968); Moshe R. Gottlieb, *American Anti-Nazi Resistance, 1933–1941. An Historical Analysis*, New York: KTAV Publishing House, 1982; David S. Wyman, *The Abandonment of the Jews. America and the Holocaust, 1941–1945*, New York: Pantheon Books, 1984.
- 35 Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik*, Düsseldorf: Bertelsmann, 1971.
- 36 Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941*, Stuttgart: Klett, 1975.
- 37 Zur nationalsozialistischen ideologischen und ökonomischen Durchdringung Lateinamerikas und zu den daraus resultierenden Konflikten zwischen Washington und Berlin vgl. Manfred Kossok, „Sonderauftrag Südamerika“. *Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 bis 1942*, in: *Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus 1810–1960*, Berlin: Akademie, 1961, S. 234–255; *Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933–1939*, Berlin: Humboldt Universität, 1966; Frye, *Nazi Germany*; Arnold Ebel, *Das Dritte Reich und Argentinien. Die diplomatischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik*, Köln: Böhlau, 1971; Hans-Jürgen Schröder, *Hauptprobleme der deutschen Lateinamerikapolitik 1933–1941*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas* 12. 1972, S. 408–433; Stanley A. Hilton, *Brazil and the Great Powers, 1930–1939. The Politics of Trade Rivalry*, Austin: University of Texas Press, 1975; Reiner Pommerin, *Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939–1942*, Düsseldorf: Droste, 1977; Stanley A. Hilton, *Hitler's Secret War in South America, 1939–1945. German Military Espionage and Allied Counterespionage in Brazil*, New York: Ballantine Books, 1982.
- 38 Gerhard L. Weinberg, *Schachts Besuch in den USA im Jahre 1933*, in: *VfZ* 11. 1963, S. 166–180; Günter Moltmann, *Franklin D. Roosevelts Friedensappell vom 14. April 1939. Ein fehlgeschlagener Versuch zur Friedenssicherung*, in: *JfA* 9. 1964, S. 91–109.
- 39 Lloyd C. Gardner, *Economic Aspects of New Deal Diplomacy*, Madison: University of Wisconsin Press, 1964.
- 40 Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*.
- 41 Francis B. Sayre, *Our Problem of Foreign Trade*, Washington, DC: U.S. Government Printing Office, 1936, S. 2.
- 42 Erklärung Roosevelts vom 15. 11. 1938 in: Donald B. Schewe (Hg.), *Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, 2nd Series, January 1937 – August 1939, Bd. 1*, New York: Clearwater Publishing Co., 1979, S. 83.
- 43 Arnold A. Offner, *Appeasement Revisited. The United States, Great Britain, and Germany, 1933–1940*, in: *Journal of American History* 64. 1977/78, S. 373; ders., *American Appeasement*; ders., *The Origins of the Second World War. American Foreign Policy and World Politics, 1917–1941*. New York: Praeger, 1975, S. 104ff., 124.
- 44 Ritchie Owendale, *Appeasement and the English-Speaking World. Britain, the United States, the Dominions and the Policy of Appeasement, 1937–1939*, Cardiff: University of Wales Press, 1975.
- 45 Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933–1939*, Düsseldorf: Bertelsmann, 1971, u. die grundlegende Untersuchung von Gustav Schmidt, *England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik 1930–1937*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981.
- 46 *Hudson Minute*, 8. Juli 1938, Public Record Office (= PRO), London, FO 371/21647.
- 47 *E* (37) 28, 28. Mai 1937, PRO, Cab. 32/129.
- 48 Vgl. hierzu insbes. die Debatte innerhalb des State Departments über das deutsche Handelsvertragsangebot vom Oktober 1937, in: *National Archives (= NA)*, Washington, D.C., Record Group (= RG) 59, 611. 6231/998ff.
- 49 Memorandum Moffat, 31. Januar 1938, ebd., 1002 1/2.
- 50 Zahlreiche Belege in den Messersmith Papers, University of Delaware Library, Newark, Delaware, sowie in den entsprechenden Beständen des State Departments und der Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, New York.
- 51 Allerdings sah sich die Regierung Roosevelt vor die Aufgabe gestellt, die Privatwirtschaft auf diesen außenpolitischen Kurs zu verpflichten. Vgl. zu der fortdauernden privatwirtschaftlichen Kooperation zwischen deutschen und amerikanischen Firmen die Bemerkungen bei Bernd Martin, *Friedens-Planungen der multinationalen Großindustrie (1932–1940) als politische Krisenstrategie*, in: *Geschichte und Gesellschaft (= GG)* 2. 1976, S. 66–88.
- 52 Text der Rede in: PRO, Cab 32/128.
- 53 Cabinet 36 (38), in PRO, Cab. 23/94.
- 54 Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Brammer, Bd. 10.
- 55 Ebd., Sammlung Traub, Bd. 10.
- 56 Das gilt etwa für David Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance, 1937–41. A Study in Competitive Cooperation*, London: Europa Publications, 1981.
- 57 Callum A. MacDonald, *The United States, Britain, and Appeasement, 1936–1939*, London: Macmillan, 1981, S. IX.
- 58 Wichtige Beiträge bisher Warren F. Kimball, *The Most Unsordid Act. Lend-Lease, 1939–1941*, Baltimore: John Hopkins University Press, 1969; James R. Leutze, *Bargaining for Supremacy. Anglo-American Naval Collaboration, 1937–1941*, Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1977; Reynolds, *Creation*; ders., *Lord Lothian and Anglo-American Relations, 1939–1940*, Philadelphia: American Philosophical Society, 1983.
- 59 Andreas Hillgruber, *Der Zenit des Zweiten Weltkrieges. Juli 1941*, Wiesbaden: Steiner, 1977, S. 31; vgl. auch Bernd Martin, *Amerikas Durchbruch zur politischen Weltmacht. Die interventionistische Globalstrategie der Regierung Roosevelt 1933–1941*. in: *Militärhistorische Mitteil.*

- lungen, Heft 2, 1981, S. 57–98. Einen vorzüglichen Überblick über die deutsche Roosevelt-Forschung gibt jetzt Detlef Junker, Franklin Delano Roosevelt in deutscher Historiographie, in: Willi Paul Adams u. Knud Krakau (Hg.), Deutschland und Amerika. Perzeption und historische Realität im deutsch-amerikanischen Verhältnis, Berlin: Colloquium, 1985, S. 97–110.
- 60 Vgl. Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941–1945, Heidelberg: Winter, 1958.
- 61 Vgl. Warren F. Kimball, Sword or Ploughshares? The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943–1946, Philadelphia: J. B. Lippincott, 1976.
- 62 Vgl. z.B. Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München: C. H. Beck, 1976; Claus Scharf u. Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden: Steiner, 1977; Heinrich August Winkler (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Sonderheft 5 GG, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1979; Josef Becker u. a. (Hg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München: Fink, 1979; Rudolf Richter u. Wolfgang F. Stolper (Hg.), Economic Reconstruction in Europe. The Reintegration of Western Germany. A Symposium, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 137, 1981; Claus Scharf u. Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949, Wiesbaden: Steiner 1983 (mit einer Bibliographie zur Entwicklung Westdeutschlands im Kontext der internationalen Beziehungen); einen Überblick über die neuere Literatur zur deutschen Frage gibt die Bibliographie zur Deutschlandpolitik 1975–1982, hg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt: Alfred Metzner, 1983.
- 63 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, 5 Bde., München: R. Oldenbourg, 1976–83.
- 64 Eine umfassende Gesamtdarstellung der amerikanischen Deutschlandpolitik und der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland steht noch aus. Vgl. aus der Fülle von Publikationen zu Einzelproblemen z.B. Harold Zink, The United States in Germany, 1944–1955, Princeton: Princeton University Press, 1957; John Gimbel, The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945–1949, Stanford: Stanford University Press, 1957 (dt. Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt: Fischer, 1971); Wolfgang Schlauch, American Policy towards Germany, 1945, in: Journal of Contemporary History 5, 1970, S. 113–128; Bruce Kuklick, American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations, Ithaca: Cornell University Press, 1972; Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 1972; Roger Morgan, The United States and West Germany, 1945–1973. A Study in Alliance Politics, London: Oxford University Press, 1974; Manfred Knapp (Hg.), Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945, Frankfurt: Campus, 1975; Edward N. Peterson, The American Occupation of Germany. Retreat to Victory, 1945–1952, Detroit: Wayne State University Press, 1977; Werner Link, Deutsche und amerikanische Gewerkschafter und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf: Droste, 1977; Hans-Jürgen Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse über den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZ 26, 1978, S. 393–418; Ekkehard Krippendorff (Hg.), The Role of the United States in the Reconstruction of Italy and West Germany, 1943–1949, Berlin: John F. Kennedy-Institut, 1981; Hans-Dieter Kreikamp, Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart, in: VfZ 29, 1981, S. 269–285; Hans-Jürgen Grabbe, Unionssparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf: Droste, 1983, mit jeweils weiteren Literaturangaben.
- 65 Vgl. James J. Hastings, Die Akten des Office of Military Government (US), in: VfZ 24, 1976, S. 75–101; John Mendelsohn, The OMGUS Records Project, in: Prologue 10, 1978, S. 259–260; Wolfgang Benz, Das OMGUS-Projekt. Die Verzeichnung und Verfilmung der Akten der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland (1945–49) in: Jahrbuch der Historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1978, Stuttgart: Klett, 1979, S. 84–88; außerdem Wolfgang J. Wittwer, Deutschland nach 1945. Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR. Ein neuer Förderungsschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk, in: VfZ 27, 1979, S. 151–154; Christoph Weisz, Politik und Gesellschaft in der US-Zone 1945–1949. Geschichte der Nachkriegszeit aus amerikanischen und deutschen Dokumenten. Ein Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Winkler, Weichenstellungen, S. 290–297.
- 66 Vgl. z.B. Werner Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1975; ders., Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik, in: Scharf u. Schröder, Stabilisierung, S. 1–17, Belege S. 15f.; ders., Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, in: VfZ 29, 1981, S. 545–578; ders., Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt: Suhrkamp, 1983.
- 67 Vgl. in diesem Zusammenhang den während der Drucklegung erschienen Beitrag von Albrecht Ritschel, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshäuser über die Produktionswirkungen der Währungsreform, in: VfZ 33, 1985, S. 136–165.
- 68 Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration? In: Carola Stern u. Heinrich August Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt: Fischer, 1979, S. 147.
- 69 Zitiert ebd., S. 148.
- 70 Lloyd C. Gardner, America and the German ‚Problem‘, 1945–1949, in: Barton J. Bernstein (Hg.), Politics and Policies of the Truman Administration, Chicago: Quadrangle, 1972, S. 113–148.
- 71 Dörte Winkler, Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945–1948, in: Winkler, Weichenstellungen, S. 88–110.
- 72 Werner Link, Der Marshall-Plan und Deutschland, in: PuZ B 50, 1980, S. 14.
- 73 Horst Lademacher, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum 1945–1948, in: Claus Scharf u. Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone 1945–1949, Wiesbaden: Steiner, 1979, S. 51–92.
- 74 Rolf Steininger, Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung in der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik 1947–1948, in: VfZ 27, 1979, S. 167–240.
- 75 Robertson Memorandum vom 5. Juli 1947, PRO, FO 371/64514.
- 76 Zur Bedeutung des Marshallplans für Deutschland vgl. z.B. Manfred Knapp, Deutschland und der Marshallplan. Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945, in: Scharf u. Schröder, Stabilisierung, S. 19–43; Erich Ott, Die Bedeutung des Marshall-Plans für die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, in: PuZ B4, 1980 S. 19–37; Link, Marshall-Plan; Manfred Knapp, Reconstruction and West-Integration. The Impact of the Marshall Plan on Germany, in: Richter u. Stolper, Economic Reconstruction, S. 415–433.
- 77 So etwa John Gimbel, The Origins of the Marshall Plan, Stanford: Stanford University Press, 1976; dazu der ausführliche Kommentar von Manfred Knapp, Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms. Eine Auseinandersetzung mit John Gimbels Untersuchung „The Origins of the Marshall Plan“, in: Politische Vierteljahresschrift 19, 1978, S. 48–65.
- 78 Werner Link, Zum Problem der Kontinuität der amerikanischen Deutschlandpolitik im zwanzigsten Jahrhundert, in: Knapp, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Zitate, S. 117ff.